

Jörg Friedrich Mayer-Ries

Projekt „Regionale Agenda 21“

Auf dem Weg zu einer regionalen Agenda 21¹ Schlußfolgerungen aus einem Diskursprojekt²

Von Dezember 1996 bis Mai 1998 führte die Evangelische Akademie Loccum ein Diskursprojekt mit dem Titel „Auf dem Weg zu einer regionalen Agenda 21“ durch, das die Auseinandersetzung zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zur Frage nachhaltiger Entwicklung und Austausch, Vernetzung und Kooperation in diesem Themenfeld fördern sollte. Im Mittelpunkt stand dabei der Dialog von Akteuren in Niedersachsen, die zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen können oder es bereits tun. Ziel des Projekts war es, in der Region, d.h. auf der Ebene zwischen Bundesland und Kommune, die Umsetzung des Aktionsprogramms für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen, die sogenannte Agenda 21, voranzutreiben.

Im folgenden sollen kurz der Stand der Agenda-21-Debatte in Deutschland und Niedersachsen und konzeptionelle Schlußfolgerungen hieraus für das Projekt gezogen werden (Abschnitt 1), danach skizziere ich den Zugang der Evangelischen Akademie zu dieser Thematik sowie den Ablauf und die Methodik des Projekts (Abschnitt 2) und skizziere schließlich einige Charakteristika, Ergebnisse und Konsequenzen (Abschnitt 3).

1. Zum Stand der Agenda-21-Debatte und der Projekt-Konzeption

In Rio de Janeiro wurde 1992 von den Vereinten Nationen das bislang umfassendste Handlungsprogramm angesichts der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts verabschiedet – die sogenannte Agenda 21.³ Sie stellt das Aktionsprogramm zur Umsetzung des Leitbilds der *Nachhaltigen Entwicklung* der Vereinten Nationen dar, das im Brundtland-Bericht 1987 erstmals auf internationaler politischer Ebene formuliert wurde. Mit ihrer Unterzeichnung hat sich die Bundesrepublik neben weiteren 177 Staaten verpflichtet, die Umsetzung der Agenda 21 zu verwirklichen. Nachhaltige Entwicklung bedeutet zunächst, die Balance in einem Zieldreieck anzustreben: zu integrieren gilt es das Ziel einer lokal, regional und global gesehen ökologisch tragfähigen gesellschaftlichen Entwicklung, das Ziel einer einzel-, gesamt- und weltwirtschaftlich effizienten Form der Ökonomie und das Ziel einer sozial gerechten Entwicklung, sowohl innerhalb und zwischen den verschiedenen sozialen Räumen (lokal, national und international), innerhalb und zwischen den heutigen und kommenden Generationen und zwischen den Geschlechtern und Kulturen (vgl. Schaubild 1).⁴

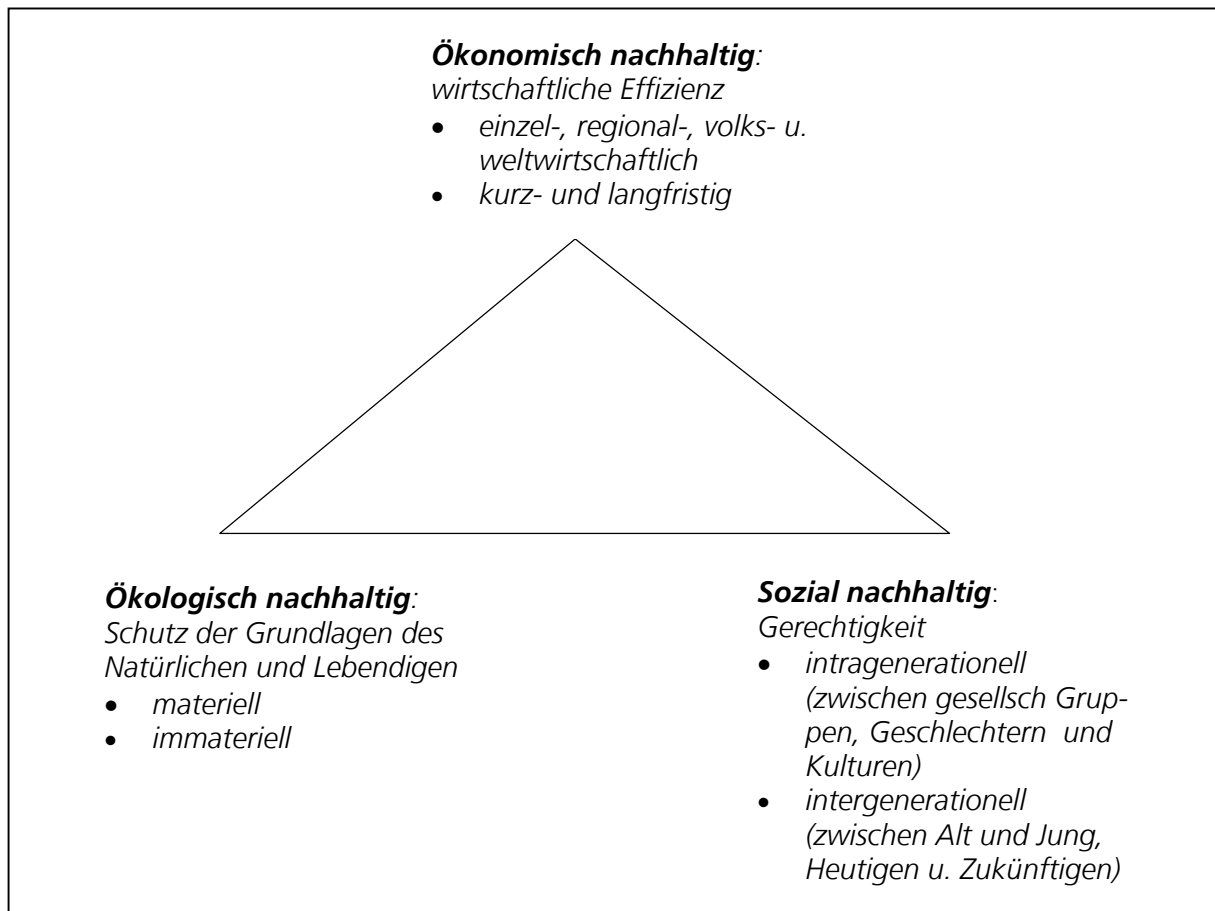
¹ Von der *Regionalen Agenda 21* im Rahmen der Agenda 21 ist m.W. erstmals von der Evangelischen Akademie Loccum gesprochen worden, als Ergänzung zum Konzept der *Lokalen Agenda 21*. Neben unveröff. Texten von 1996 vgl. hierzu Mayer 1997a.

² Dieser Text erscheint demnächst in: Mayer-Ries 1998c

³ Sie ist das Kernstück von insgesamt fünf Dokumenten, die in Rio verabschiedet wurden: der Klimarahmenkonvention, der Konvention zum Schutz der biologischen Vielfalt, der Walderklärung, der Rio-Deklaration und eben der Agenda 21. Lediglich die ersten drei haben allerdings den Status völkerrechtlich verbindlicher Verträge. Vgl. zum Wortlaut der Agenda Bundesumweltministerium 1992.

⁴ Ein umfangreicherer Definitionsversuch kann und soll hier nicht unternommen werden. Die Versuche einer wissenschaftlichen Definition nachhaltiger Entwicklung füllen inzwischen Regale. Ob und wie dieses Ansinnen erfolgversprechend und sinnvoll angegangen werden kann, wird allerdings nur in wenigen Arbeiten überzeugend beantwortet. Für

Schaubild 1: Nachhaltige Entwicklung – Ziel-Dreieck



Die Agenda 21 ist der erste und umfassendste Ansatz der UN, diese inhaltliche Ziele zu konkretisieren und in eine politische Tages- und Verfahrensordnung zu übersetzen, d.h. vor allem auch institutionelle und instrumentelle Reformen zu formulieren.⁵ Der Agenda-21-Prozeß ist im Rahmen der wirtschaftlich-technischen, sozial-kulturellen und politisch-institutionellen Strukturveränderungen zu sehen, die sich seit den 80er Jahren abzeichnen und die mit den Stichworten umrissen werden können

- von der zunehmenden Wechselwirkung von ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Sach-, Zeit- und Raumstrukturen (Retinität)⁶
- von der wachsenden gegenseitigen Durchdringung von globalen, nationalen und lokalen Entscheidungs- und Handlungsräumen (komplexe Interdependenz)⁷
- und von dem Ineinandergreifen verschiedener gesellschaftlicher Steuerungssysteme einschließlich eines drastischen Gestalt- und Bedeutungswandels nationaler und staatlicher Lenkungsfunktionen (neue Regulationsmuster).⁸

Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung und die Agenda 21 als international vereinbarter Handlungsrahmen sind Ausfluß eines gesellschaftlichen Modernisierungsprozesses, in dem die

jüngste Arbeiten im deutschsprachigen Raum sei hier auf Brand 1997, Hein 1997, Renn 1997 und Forum Umwelt und Entwicklung 1997 verwiesen.

⁵ Agenda im wörtlichen Sinne "dessen, was zu tun ist"(lat.) bzw. einer Tages- und Verfahrensordnung. Die Zahl 21 steht für das kommende Jahrhundert, in dem diese Aufgaben zu bewältigen sind.

⁶ Zum Konzept der Retinität (Vernetztheit) vgl. SRU 1994

⁷ Vgl. hierzu die umfangreiche politikwissenschaftliche Forschung zur Entwicklung der internationalen Beziehungen

⁸ Vgl. hierzu etwa Hein 1997 oder den Beitrag von Meyer-Stamer in Mayer 1997b

Folgen gesellschaftlichen Handelns vermehrt reflektiert und als institutionelle und inhaltliche Herausforderungen des 21. Jahrhunderts benannt werden. Nachhaltige Entwicklung beansprucht damit denkbar umfassende gesellschaftliche Reformen und stellt eine neue regulative Idee gesellschaftlichen Handelns dar, die weniger fertige Lösungen präsentieren will, als vielmehr die Verbindung zwischen den gesellschaftlichen Diskursen zur Lösung der Probleme einfordert.⁹ Die Agenda 21, in der die Völkergemeinschaft diese Herausforderungen erstmals in großer Breite benennt, kann deshalb zurecht als Anlauf zu einem neuen Gesellschaftsvertrag interpretiert werden.

Auf globaler, europäischer und nationaler Ebene kommt der Agenda-21-Prozeß bis heute kaum voran, die Regierungen werden ihren Verpflichtungen nicht gerecht und Deutschland bildet hier keine Ausnahme. In der Präambel der Agenda 21 heißt es, ihre Umsetzung sei „in erster Linie Aufgabe der Regierungen“. „Eine entscheidende Voraussetzung dafür sind politische Konzepte, Pläne, Leitsätze und Prozesse auf nationaler Ebene.“ Solche mittel- und langfristigen nationalen Aktionspläne für die wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung fehlen in Deutschland aber bislang, von einem integrierten Nachhaltigkeitskonzept ganz zu schweigen. Auf lokaler Ebene allerdings erlebte die Agenda-21-Diskussion in Deutschland ab 1996 bundesweit einen Aufschwung, vor allem durch öffentlichen und politischen Druck von nicht-staatlicher Seite und durch engagierte Kommunalverwaltungen, zunächst insbesondere deren Umwelt- und Stadtplanungsressorts. Doch der Anteil der Gemeinden mit einem umfassenderen Handlungsansatz und nennenswerten Umsetzungsaktivitäten ist immer noch sehr gering.¹⁰ Ausgehend von der lokalen Dynamik beginnen nun einzelne Bundesländer auf Landesebene aktiv zu werden.¹¹ Seit Herbst 1997 ist seitens des Bundesbauministeriums ein Wettbewerb für nachhaltige Regionalentwicklung ausgeschrieben worden unter explizitem Bezug auf die Idee einer regionalen Agenda 21.¹²

Trotz solcher Tendenzen des up-grading lebt der Agenda-21-Prozeß auch gegenwärtig im wesentlichen von lokalen Impulsen. Dabei zeigt sich hier ein ambivalentes Bild. Einerseits starteten von 1996 bis heute eine Fülle von lokalen Agenda-21-Prozessen, deutlich mehr als in den vorangegangenen 4 Jahren zusammen. Dies geschah mit Bezug auf Kapitel 28 der Agenda 21, das die Kommunen aufforderte, bis Ende 1996 Konsultationsprozesse mit Bürgern und lokalen Gruppen einzuleiten, die eine lokale Agenda vorbereiten helfen sollten. Viele dieser Gemeinden machten bei der Einrichtung von Runden Tischen, Arbeitsgruppen und Bürgerforen interessante Lernprozesse durch und erzielten so auch erste konkrete Vorschläge für ein lokales Handlungsprogramm. Andererseits zeigen sich gerade in den Vorreiter-Kommunen aber auch immer deutlicher die inhaltlichen, organisatorischen und legitimatorischen Schwierigkeiten einer Realisierung der erarbeiteten Vorschläge und Projekte, die Interessenblockaden gegen eine Verbreiterung des Agenda-21-Prozesses und die wirtschaftlichen wie politischen Grenzen lokaler bzw. kommunaler Handlungsspielräume.¹³

⁹ Zum Konzept der regulativen Idee i.S. Kants in diesem Zusammenhang vgl. Schneidewind 1997

¹⁰ Vgl. etwa die ersten Analysen hierzu von Mayer 1998a, Zimmermann 1997, die empirischen übersichten des Deutschen Instituts für Urbanistik (Rösler 1997) und des Internationalen Rats für kommunale Umweltinitiativen (ICLEIU 1998 u. ICLEI-Rundbrief) sowie die Zusammenstellungen von Beispielen bei der Bundestagsanhörung vom November 1996 (BT 1996) und dem Rundbrief "Stadtgespräche"

¹¹ Vgl. Mayer 1996c, 1997a, 1997b. Vorreiter in diesem gerade erst beginnenden Prozeß sind Niedersachsen, Hessen, Bayern, Baden-Württemberg und die Stadtstaaten. Vgl. hierzu u.a. Bayerisches Staatsministerium 1997, Niedersächsisches Umweltministerium 1997.

¹² Vgl. Adam 1997. Zu dem Wettbewerb haben 85 Regionen Anträge eingereicht.

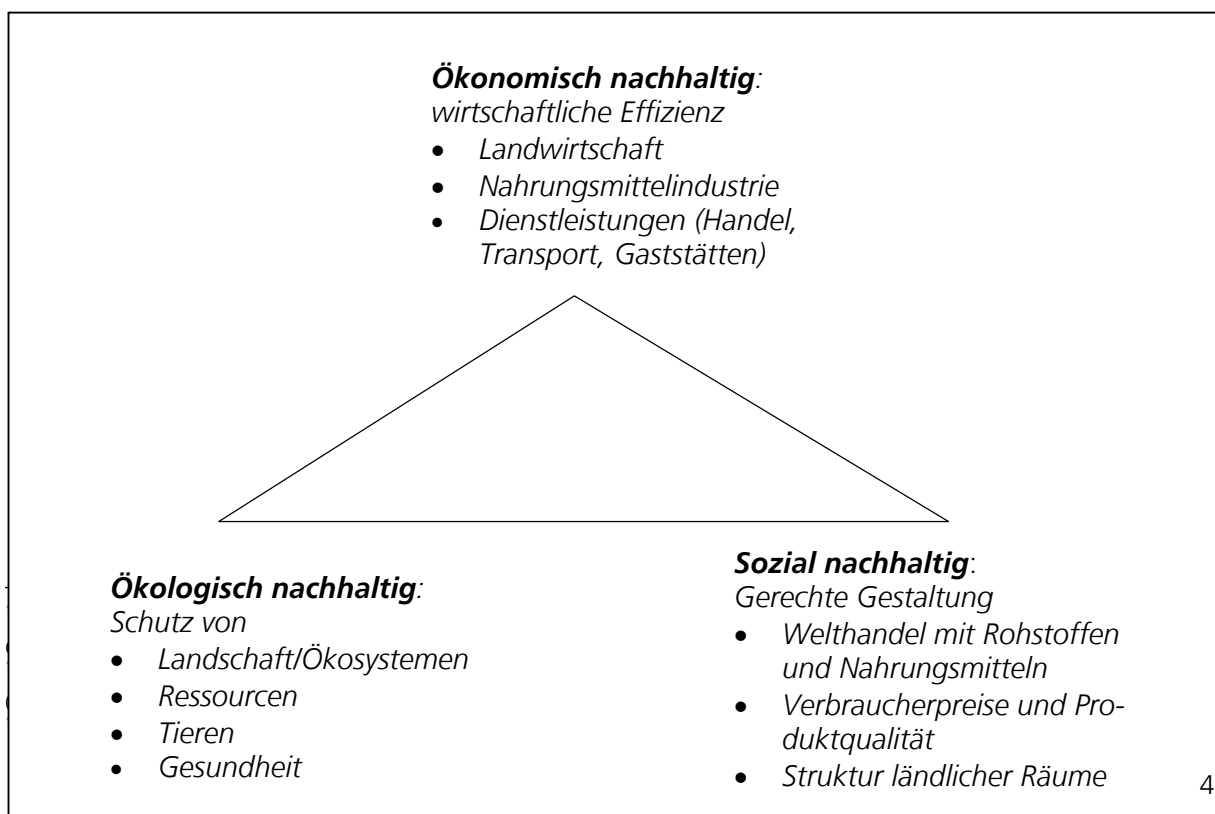
¹³ Vgl. zu Beispielen Literatur in Fußnote 10

Die Erfahrungen auf der lokalen und nationalen Ebene lassen zumindest vier Anforderungen an erfolgreiche Agenda-21-Prozesse erkennen, die als konzeptioneller Hintergrund auch in das Akademieprojekt zur Regionalen Agenda 21 eingeflossen sind.

a. Notwendig erscheint erstens ein Anschluß der Agenda-21-Debatte an die dominierenden gesellschaftlichen Reformdebatten. Die Agenda-21-Diskussion ist unnötig verengt auf umwelt- und entwicklungspolitische Aufgaben. Globale umwelt- und entwicklungspolitische Herausforderungen geben zwar die wesentliche *Begründung* für die Agenda 21 ab, nicht aber ihre alleinige *Stoßrichtung*.¹⁴ Reformen zeichnen sich jedoch – bislang unter ganz anderen Vorzeichen als der Nachhaltigkeit - im Bereich der sozialen Verfassung Deutschlands ab, im Umgang mit der zunehmenden Erwerbslosigkeit, in der Frage der wirtschaftlichen Standortsicherung, in den Bereichen der öffentlichen Verwaltung, der Hochschulen, der Kirchen und auch dem Kulturbetrieb. Um gegenüber diesen Dynamiken nicht in einer weitgehend isolierten Nische zu verbleiben, ist eine Öffnung des Agenda-21-Diskurses hin zu aktuell vorherrschenden Interessenlagen und Reformprozessen unabdingbar.¹⁵

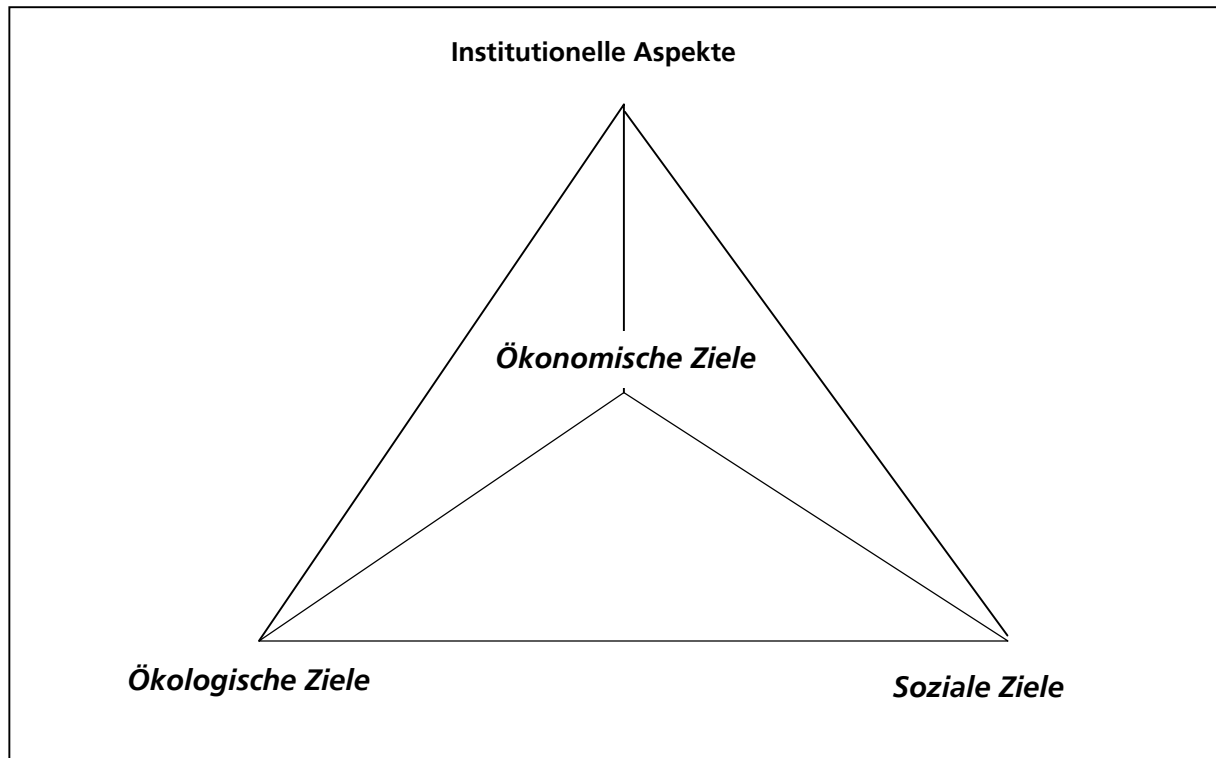
b. Dringend notwendig ist daher zweitens eine Ausdifferenzierung der Agenda-21-Inhalte, -Akteure und -Strategien. Bereits in der Agenda 21 (vor allem Kapitel 4 bis 7) ist die Idee angelegt, Transformationsziele und -strategien bezogen auf konkrete gesellschaftliche Bedarfswelder wie Ernährung, Gesundheit oder Wohnen zu entwickeln im Sinne von Leitbildern für Lebensbereiche, mit denen etwa die Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" arbeitet.¹⁶ Entsprechend konkretisiert werden muß dann das o.g. Zieldreieck, etwa im Bereich Ernährung (vgl. Schaubild 2). Ergänzend hierzu ist eine Differenzierung nach Handlungsbereichen erforderlich, ebenfalls angedacht in der Agenda 21 in den Kapiteln 2, 14 und 31 zu Landwirtschaft, Wissenschaft und internationaler Zusammenarbeit. Umwelt- und entwicklungspolitische Herausforderungen geben dabei die Begründungen und Kriterien her für eine gesellschaftliche Entscheidungsfindung, wie wir uns zukünftig nachhaltig ernähren, bilden, fortbewegen, wie wir produzieren, arbeiten, wohnen und kommunizieren möchten. Man kann dies als Schritt zu einer *funktional differenzierten Agenda 21* sehen.

Schaubild 2: Bedarfswelder Ernährung – Zieldreieck



Darüber hinaus sind differenzierte Aktionsprogramme für einzelne Institutionen und gesellschaftliche Gruppen anzustreben, die in diesen Bedarfsfeldern und Funktionsbereichen aktiv sind, also etwa im Bereich Ernährung Landwirte, Außen-, Groß- und Einzelhandel, Landfrauenverbände, Verbraucherzentralen, Konsumenten, Kompostieranlagenbetreiber, Verpackungsindustrie etc..¹⁷ Solche *institutionellen Agenden 21* formulieren akteurspezifische Selbstverpflichtungen, Erwartungen sowie Kooperationsangebote und sind notwendigerweise geprägt durch die je besonderen Interessen, Kapazitäten und auch Begrifflichkeiten der verschiedenen Akteure, die das fragliche Handlungsfeld mitgestalten. (Vgl. Schaubild 3)

Schaubild 3: Nachhaltige Entwicklung als institutionenspezifisches Zieldreieck



Schließlich gilt es die Agenda 21 nach Handlungsebenen zu differenzieren. Kapitel 28 zur Verantwortung der Kommunen, das gern als Kern der lokalen Agenda 21 interpretiert wird, ist hierfür ein wichtiger Ansatzpunkt in der Agenda 21 selbst.¹⁸ Stadtteile, Gemeinden, Regionen, Bundesländer, Nationen und Europäische Union sind wichtige staatliche Stufen in einem subsidiär anzulegenden Entscheidungs- und Umsetzungsprozeß.¹⁹ Gleichzeitig sollten auch andere gesellschaftliche Sektoren nach Ebenen differenzierte Aktionsprogramme (für sich) und Forderungskataloge (gegenüber anderen) erstellen, etwa wirtschaftliche Akteure oder die Kirche (vgl. Schaubild 4). Die Ebenen sind dabei aufeinander zu beziehen. Ohne die umfassende Agenda-21-Idee und den Bezug auf globale Verantwortung aufzugeben, müssen die einzelnen Herausforderun-

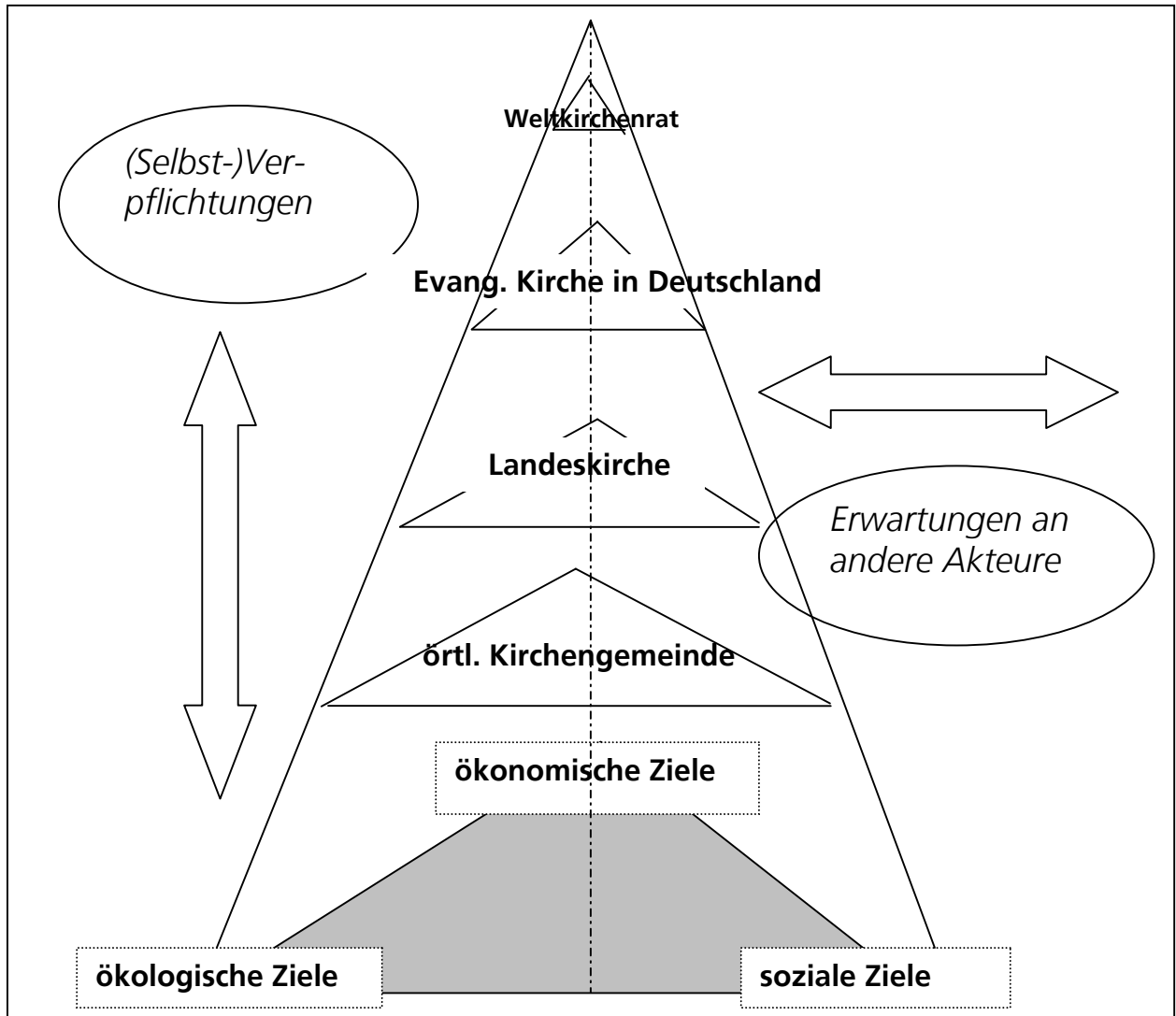
¹⁷ Auch diese akteursorientierte Differenzierung findet sich in Ansätzen in der Agenda 21, vgl. dort Teil III, Kap. 24 bis 32.

¹⁸ Allerdings schlägt hier das traditionelle Politikverständnis vom Staat als zentralen Akteur durch, wenn die Handlungsebene der Kommune bzw. die lokale Ebene mit dem Akteur Kommunalverwaltung/-politik gleichgesetzt wird. Das zeigt sich an der Sprache des Dokuments selbst ("kommunale Agenda" ist in der deutschen Übersetzung gleich "lokale Agenda"), das zeigt sich aber insbesondere in den Prozessen vor Ort, in denen der lokale Agenda-21-Prozeß mit bezug auf Kap. 28 über Initiation und Moderation weit hinaus gerne den Kommunalverwaltungen alleine angelastet wird, statt alle lokalen Akteure in die Verantwortung zu nehmen. S. hierzu auch Punkt c.

¹⁹ Hierzu und zur regionalen Ebene speziell s. Punkt d.

gen nach handlungsfähigen Ebenen, bearbeitungsfähigen Themen und umsetzungsfähigen Akteuren ausdifferenziert werden.

Schaubild 4: Die Erweiterung des Zieldreiecks nachhaltiger Entwicklung um die institutionelle Dimension - Beispiel: Akteur Kirche

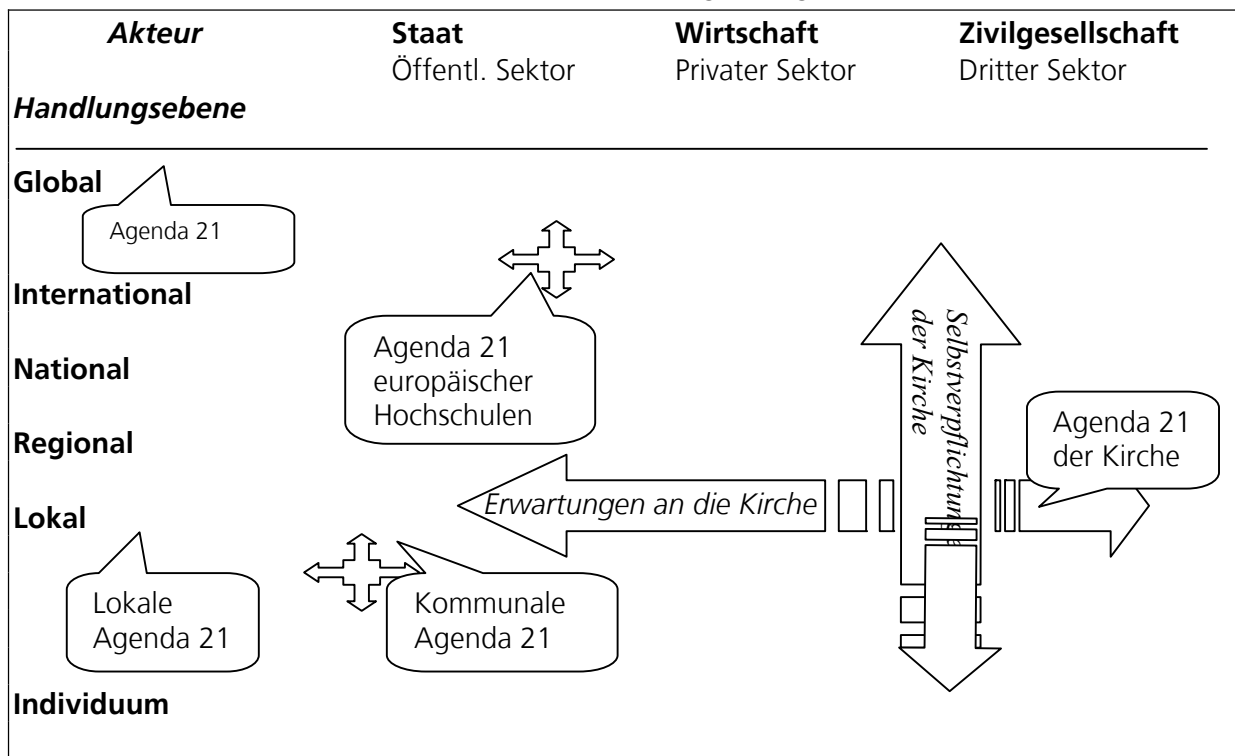


c. In Konsequenz aus b) sind die politischen, planerischen und partizipativen Strategien und Politikkonzepte zu erweitern. Bislang werden die Agenda 21 und ihre lokalen Umsetzungsversuche als vorwiegend staatliche Aufgaben (etwa der UN, der Bundesregierung und der Kommunen) verstanden. Geboten aber ist, die gemeinsame, wenn auch funktional differenzierte, Verantwortung staatlicher, privater und anderer nichtstaatlicher Akteure herauszuarbeiten und neue Regulations- und Kooperationsformen einzubeziehen bzw. zu entwickeln. Die Kommune i.S. der Kommunalpolitik und -verwaltung spielt eine wichtige Rolle auf der lokalen Ebene, sie tut dies aber zunehmend in einem veränderten und komplexer gewordenen Umfeld von Nichtregierungsorganisationen, Wirtschaftsakteuren, wissenschaftlichen und beratenden Einrichtungen u.v.a.m. und sie wird hierfür neue Aufgaben annehmen und liebgeordnete traditionelle Domänen aufgeben müssen. Die Diskussion um polyzentrische Politik ist auch unabhängig von der Debatte um nachhaltige Entwicklung in vollem Gange. Und es ist gerade diese Dimension neuer Politik- und Partizipationsformen, um die die Agenda 21 die bisherige Debatte um nachhaltige Entwicklung erweitert. M.E. sind es insbesondere die innovativen Verfahren – etwa verschiedene Formen von Ideenfindungsverfahren, Konsultations- und Kooperationsprozessen, Konflikt-

schlichtungsmechanismen und strategischen Allianzen – die die Agenda 21 neben den Sachinhalten als das Leitbild gesellschaftlicher Modernisierung qualifizieren können.²⁰

d. Viertens schließlich sind themen- und akteursspezifisch differenzierte und konkretisierte Nachhaltigkeitsvorstellungen auf verschiedenen Ebenen gleichzeitig zu erarbeiten und zusammenzubringen - lokal, regional, landes-, bundes-, europa- und weltweit. Die Agenda 21 ist als Suchprozess im Gegenstromverfahren von top-down und bottom-up zu verstehen, in dem für die Gestalt und Inhalte einer Agenda 21 auf globaler Ebene zwar durch ein UN-Votum Vorschläge vorliegen, die aber durch Konsultationsprozesse wie etwa auf der lokalen Ebene, in bestimmten Wirtschaftsbereichen oder verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zunächst konkretisiert werden und erst in der Zusammenführung zu einer Agenda 21 werden. Vgl. hierzu Schaubild 5, in dem neben dem bereits skizzierten kirchlichen einige weitere Agenda-21-Prozesse in ein Raster eingetragen sind, das sich zwischen der globalen und der lokalen Agenda aufspannt.²¹ Die Vermittlung zwischen den Ebenen ist dabei von zentraler Bedeutung für die wirksame Implementierung von Nachhaltigkeitsstrategien, die Verbreiterung der aktiven Basis und des Wirkungsraums einzelner sektor-, ebenen oder institutionenspezifischer Fortschritte.

Schaubild 5: Die Differenzierung der Agenda 21



Was nun die aktuelle Bilanz auf den verschiedenen Ebenen angeht, so ließe sich überspitzt formulieren "Bundesebene: Fehlanzeige, Länderebene: erste Anzeichen, lokale Ebene: kontinuierliche Impulse". Die regionale Ebene zwischen Gemeinde und Bundesland könnte in dem dynamischen

²⁰ Vgl. hierzu die Fülle von Veröffentlichungen und Tagungen, die sich mit institutionellen Reformen der Demokratie im Zusammenhang mit nachhaltiger Entwicklung und Agenda 21 beschäftigen. Exemplarisch sei hier auf Schneidewind 1997, Mayer-Ries 1998a, 1998b und einzelne Beiträge in Mayer 1997b verwiesen. Vgl. zu dieser Dimension die Kap. 8 sowie Teil IV, Kap. 33 bis 40 der Agenda 21.

²¹ Oft werden die *Agenda 21* und die Idee einer *lokalen Agenda 21* in eins gesetzt. Damit in Zusammenhang steht die Auffassung, daß die lokale Ebene der allein innovative und erfolgversprechende Handlungsrahmen für die Agenda 21 sei. Trotz der unübersehbaren Defizite auf nationaler und internationaler Ebene, bleibt dort aber die Verantwortung für eine Nachhaltigkeitspolitik bestehen, gerade angesichts der wachsenden Bedeutung regionaler und globaler Verflechtungen. Entsprechend der Interdependenz globaler und lokaler Entwicklungen sollten die Agenda-21-Prozesse auf den verschiedenen Ebenen als Teile eines gleichzeitigen top-down und bottom-up aufgefaßt werden.

schen Sektor des Agenda-21-Prozesses vermittelnd und verstärkend wirken und tatsächlich besitzen eine Fülle von Problemlagen nachhaltiger Entwicklung, aber auch Kapazitäten zu ihrer Lösung, eine regionale Dimension. Lokale Handlungsspielräume reichen hier nicht hin und geraten derzeit finanziell und wirtschaftlich stark unter Druck, landesweite Politik ist andererseits oft zu unspezifisch, um regional geeignete Lösungen und innovative Interessenkoalitionen zu entwickeln, die diese Lösungswege nachhaltig beschreiten. Andererseits ist die regionale Ebene komplex und relativ schwer zu handhaben, da im Unterschied zu Kommune oder Bundesland hier oft institutionelle Strukturen nicht so stark entwickelt sind. Gerade dies eröffnet aber auch Spielräume für regionales Handeln, das an innovative Strategien der Standort- und Beschäftigungssicherung, an effektive Ansätze zur Optimierung von Verkehrs-, Stoff-, Abfall- und Energieflüssen und auch an kreative soziale und kulturelle Potentiale gebunden ist. Mit Blick auf Zukunftsfähigkeit verdienen regionale Handlungsansätze daher einen größeren Stellenwert.²²

2. Vorgeschichte, Zielsetzung und Struktur des Akademieprojekts

Die skizzierten Anforderungen an den Agenda-21-Prozeß laufen u.a. darauf hinaus, Kommunikationsprozesse innerhalb und zwischen den verschiedenen Ebenen, Handlungsbereichen und Institutionen in Gang zu setzen, mit dem Ziel, sich über Problemstrukturen, Lösungsmöglichkeiten und konkrete individuelle und gemeinsame Handlungsschritte zu einigen. Laut ihrer Verfassung hat sich die Evangelische Akademie durch die Organisation gesellschaftlicher Dialoge übergreifende Orientierungsfragen und konkreten Auseinandersetzungen um die Gestaltung einer humanen Zukunft zu widmen. Sie agiert als gesellschaftliches Gesprächsforum in christlich-ethischer Verantwortung für die Bewahrung der Schöpfung, der Gerechtigkeit und des gesellschaftlichen Friedens. Ihr Engagement für die Ziele nachhaltiger Entwicklung und die Stärkung innovativer kommunikativer und kooperativer Verfahren zur Erreichung dieser Ziele liegt daher nahe. Durch die Organisation von Tagungen, Workshops und Mediationsgesprächen arbeitet die Evangelische Akademie Loccum daran, interdisziplinäre, interkulturelle und intermediäre Brücken zwischen verschiedenen Teilen der Gesellschaft zu bauen.

Die Evangelische Akademie Loccum hat sich in den letzten Jahren intensiv mit Fragen nachhaltiger Entwicklung, Umweltpolitik und Nord-Süd-Fragen beschäftigt und diese dabei immer wieder auf die regionale Ebene (Niedersachsen und Großraum Hannover) sowie die Thematik der Stadt- und Regionalentwicklung bezogen.²³ Im September 1995 bilanzierte die Akademie im Rahmen einer öffentlichen Tagung erstmals in Deutschland auf der Ebene eines Bundeslandes Aktivitäten und Konzepte für eine nachhaltige Entwicklung und bündelte entsprechende Kräfte. Im Vordergrund der Tagung stand damals für die Akteure aus Niedersachsen, sich über Projekte und Konzepte nachhaltiger Entwicklung in anderen Städten und Regionen und in anderen gesellschaftlichen Tätigkeitsbereichen zu informieren.²⁴ Durch die Zusammenarbeit mit der niedersächsischen Staatskanzlei hat diese Tagung eine wichtige Vorleistung für das derzeit laufende Dialogprogramm der Landesregierung erbracht. Sie war aber auch Anlaß für die Akademie zu der Überlegung, den 1995 in Loccum begonnenen landesweiten Austausch von den lokalen und sektoralen Erfahrungen her systematisch und kontinuierlich zu fördern, zu institutionalisieren und auf praktische Veränderungen und Innovationen hin voranzutreiben. Ende 1995 entstand daher die Idee zu dem Projekt „Auf dem Weg zu einer regionalen Agenda 21“, das die erkennbaren Nachhaltigkeitsprobleme und -potentiale der regionalen Ebene systematisch in die Agenda-21-Debatte einzubringen. Im Frühjahr 1996 wurde bei der Deutschen Bundesstiftung Umwelt ein

²² Verschiedene Fachdisziplinen von der Umweltforschung über die Ökonomie bis hin zur Psychologie entdecken z.Zt. die regionale Ebene als Ansatzpunkt nachhaltiger Entwicklung, vgl. etwa Renn 1997. Die eingereichten Antragsunterlagen des bereits erwähnten Wettbewerbs "Regionen der Zukunft" zeigen, daß das Konzept einer regionalen Herangehensweise an Fragen nachhaltiger Entwicklung Früchte zu tragen beginnt.

²³ vgl. z.B. Mayer 1992, 1995, 1996b

²⁴ vgl. hierzu Mayer 1996c

Antrag zur Förderung eingereicht und konnte zu Beginn 1997 mit einer weiteren Bilanz des Agenda-21-Prozesses öffentlich starten.

Im Unterschied zu den bisherigen lokalen und landesweiten Agenda-21-Prozessen zielte das Projekt erstens auf die dazwischen liegende regionale Ebene und versuchte dort, Handlungsbe-
reiche, Akteure und Reformprozesse für die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung zu identi-
fizieren und zu mobilisieren. Zweitens beschränkte sich das Projekt als Dialogansatz zunächst auf
Bewußtseinsbildungs-, Verständigungs- und Vernetzungsprozesse bei diesen Akteuren – der
Versuch, die Erstellung einer Agenda 21 in einer exemplarischen Region sollte einer weiteren
Projektphase vorbehalten bleiben. Drittens sollten die konkreten Erfahrungen aus einzelnen Re-
gionen niedersachsen- und bundesweit ausgetauscht und ausgewertet werden. Das Projekt ziel-
te also auf die „Schaffung von *Voraussetzungen* für eine regionale Agenda 21“, indem „Hand-
lungsspielräume verdeutlicht und erweitert“, „Kommunikations- und Kooperationsprozesse ge-
fördert“ sowie „Lern- und Bewußtseinsbildungsprozesse ausgelöst“ werden sollten (vgl. Pro-
jektantrag). Entsprechend der in 1. skizzierten notwendigen Differenzierung des Agenda-21-
Prozesses war geplant:

- einige relevante **Zielgruppen** wie etwa Unternehmen, Verwaltungen, öffentliche Betriebe, Hochschulen und Kirchen für den Agenda-21-Prozeß zu sensibilisieren und Möglichkeiten zielgruppenspezifischer Beiträge zu diesem Prozeß zu konkretisieren;
- in einigen **Handlungsfeldern** Verständigungsprozesse zu fördern, um Nachhaltigkeit in dortige Zielsetzungen und Umsetzungsstrategien zu integrieren, etwa im Bereich Landwirtschaft/Ernährung, Handel, Regionalplanung, Wissenschaft, Bildung, Verwaltung und betriebliches Management;
- in einzelnen **Regionen** Niedersachsens Kommunikations-, Vernetzungs- und Kooperationsprozesse zu initiieren und zu verbessern im Blick auf die Vorbereitung einer regionalen Agenda 21.

Insgesamt sind 9 größere Veranstaltungen vorbereitet, durchgeführt, ausgewertet und z.T. do-
kumentiert worden. Im einzelnen waren dies (Tabelle 1):

Tabelle 1: Veranstaltungen im Rahmen des Projekts „Regionale Agenda 21“

Nr.	Projekt- laufzeit	Thema	Zielgruppe	Kooperations- partner	Dauer	Teiln. -zahl
1	4. Monat	Auftakt Agenda 21 – Stand und Perspektiven	gemischt	Nieders. Minist. der Justiz u. für Europaangele- genheiten	3 Tage	191
2	7. Monat	Hochschule und Region	Hochschul- vertreter	Inst. f Entwick- lungsplanung und Strukturfor- schung, Hanno- ver	1 Tag	17
3	7. Monat	Verwaltungs- reform und Agenda 21	Vertreter öffentlicher Verwaltun- gen und Betriebe		2 Tage	30
4	7. Monat	Globale Ver- antwortung und zukunfts- fähige Ernäh-	Arbeitskreis Globalisie- rung und globale Ver-	Arbeitskreis Globalisierung und globale Verantwortung	2 Tage	25

		rung	antwortung	Runder Tisch Agenda 21 Nie- dersachsen		
5	12. Monat	Arbeit, Um- welt und Re- gionalent- wicklung in Ostfriesland	Interesserte Öffentlich- keit in Ost- Friesland	FH Emden RPZ Aurich VHS Leer u.a.	1 Tag	120
6	12. Monat	Hochschulen, Wissenschaft und Agenda 21	Hochschulen und Hoch- schulfor- schung	Niedersächsische Hochschulrekto- renkonferenz	2 Tage	47
7	12. Monat	Regionale Kooperati- onsansätze und Agenda 21	Kommunen, Landkreise, Bezirksregie- rungen, Pla- nungsbüros	Univ. Hannover, Akademie für Raumforsch. u. Landesplanung, BfLR Bonn, u.a.	3 Tage	77
8	16. Monat	Kirche und Agenda 21	niedersächsi- sche Kir- chenvertreter	Hanns-Lilje- Stiftung	2 Tage	56
9	17. Monat	Unternehmen und Agenda 21	Unterneh- men	Nieders. Min. d. Justiz und f. Europaangele- genheiten	3 Tage	110

Die Veranstaltungen waren darauf ausgerichtet, zwischen unterschiedlichen Reformbestrebungen innerhalb einer Zielgruppe (Tagung 2, 3, 6 und 8) oder zwischen verschiedenen Zielgruppen (Tagung 1, 4, 5, 7 und 9) Verständigungsprozesse zu erreichen. Hierfür wurde konsequent die Form dialogorientierter und arbeitsintensiver Workshops mit geringerer Teilnehmerzahl gewählt, die größeren Veranstaltungen wurden in entsprechende Workshopphasen gegliedert. Vorträge und Materialien wurden meist vor den Veranstaltungen schriftlich allen Teilnehmern zur Verfügung gestellt, um die Zeit während der Veranstaltungen für Austausch und Diskussion optimal zu nutzen.²⁵ Alle Mitwirkenden der Tagungen sind als Fachexperten anzusehen, insofern gab es keine strikte Trennung zwischen Referenten und Teilnehmern. Es wurde darauf geachtet, jeweils eine Mischung von niedersächsischen und nicht-niedersächsischen Experten, von Theoretikern und Praktikern sowie von "Nachhaltigkeitsexperten und -laien" zu realisieren, um die Anwendbarkeit, Verallgemeinerbarkeit und Übertragbarkeit jeweiliger Ansätze und Erkenntnisse prüfen zu können.

Die Auswahl der Mitwirkenden machte aufwendige Recherchen notwendig sowie die intensive Zusammenarbeit mit den jeweiligen Kooperationspartnern. Die Mitarbeit der über 670 Experten umfaßte sehr oft die Erstellung von Diskussionsgrundlagen, die Ausarbeitung von Impulsreferaten, die mehrtägige Diskussion und die Überarbeitung von Beiträgen oder Diskussionsprotokollen. Zusätzlich zu diesem großen Engagement übernahmen fast alle Mitwirkenden die Kosten für Anreise, Unterkunft und Verpflegung selbst, Aufwandsentschädigungen bildeten die Ausnahme. Das Akademieprojekt selbst wurde immer stärker zum Teil eines niedersächsischen und bundesweiten Agenda-21-Geflechts, das in den Jahren 1997/1998 eine überraschend große Dynamik entfaltete. Insofern wurden zahlreiche und sehr arbeitsintensive Aktivitäten über die

²⁵ Vgl. die Veröffentlichungen Mayer 1997b, 1997c, 1998b, 1998c sowie die Materialienbände „Hochschulen und Agenda 21“ und „Kirche und Agenda 21“ der Evangelischen Akademie Loccum

eigentliche Projektarbeit hinausgehend entfaltet. Hierzu gehören die Koordination mit anderen niedersächsischen und auch bundesweiten Agenda-21-Prozessen und eine intensive Beratungs- und Informationsarbeit auf beiden Ebenen. Von der lokalen Ebene Niedersachsens wurde die Akademie mehrfach als Ratgeber, öffentliches Forum und Moderator angefragt, so etwa in Nienburg, Syke, Aurich bzw. Ostfriesland, Lüchow-Dannenberg, Göttingen, Berlin und Weyhe. Auch mit dem landesweiten Dialogprozeß zu nachhaltiger Entwicklung gab es eine kontinuierliche Kommunikation und gemeinsame Veranstaltungen.²⁶

3. Charakteristika und Ergebnisse des Projekts

Die Ergebnisse eines solchen komplexen Diskursprojektes lassen sich naturgemäß nur schwer zusammenfassen. Neben eher generellen Erkenntnissen sollen hier am Beispiel einzelner Zielgruppen verschiedene Ebenen von Ergebnissen unterschieden werden, die sich aus der Zielsetzung des Projekts ableiten lassen. Zunächst einmal sollten Akteure für die Thematik nachhaltige Entwicklung sensibilisiert werden, d.h. es ging um die Ebene der akteursspezifischen und akteursübergreifenden Bewußtseinsbildung. Zum zweiten sollten mögliche Zugänge der Akteure zu einer (regionalen) Agenda 21 identifiziert werden, d.h. erwartet wurden Ergebnisse auf der Ebene des Erkennens und Formulierens eigener Handlungsmöglichkeiten. Eine dritte Ebene von Ergebnissen betrifft dann die Bildung von Kommunikations- und Kooperationsnetzwerken innerhalb und zwischen verschiedenen am Projekt beteiligten gesellschaftlichen Gruppen, als Vorbereitung einer Agenda 21 auf der regionalen Ebene. Diese drei Ebenen standen im Vordergrund der geplanten und nun abgeschlossenen Projektphase. Die Erarbeitung konkreter Handlungsverpflichtungen einzelner Akteure in einer konkreten Region sowie die Umsetzung solcher Ziele stellt eine vierte Ebene von Ergebnissen dar, die den Schwerpunkt einer weiteren Projektphase bilden könnte sollte.

Generelle Anmerkungen

Als Ergebnis ist zunächst einmal festzuhalten, daß es gelungen ist, die Agenda-21-Diskussion in ganz neue Zusammenhänge einzubringen und mit dem Projekt einen großen Kreis von Akteuren direkt und über Multiplikatoren und Publikationen indirekt erreicht zu haben. Über 670 Experten aus den unterschiedlichsten Berufsfeldern haben im Rahmen der Akademieveranstaltungen den Gedanken der nachhaltigen Entwicklung und der Agenda 21 kennengelernt, weiterentwickelt und konkretisiert. Sie haben dazu beigetragen, Zugänge für die Agenda-21-Debatte in verschiedenen relevanten Akteursgruppen und Institutionen zu identifizieren und zu schaffen und immer wieder die Handlungsmöglichkeiten für nachhaltige Entwicklung auf einer regionalen Ebene zu konkretisieren. Um die Vielfalt der beruflich-institutionellen Verankerung der mitwirkenden Experten auch quantitativ zu verdeutlichen, ist die folgende Auswertung der Teilnehmerlisten erstellt worden (Tabelle 2).

Tabelle 2: Berufliche Handlungsfelder der Mitwirkenden an den Veranstaltungen im Rahmen des Projekts "Regionale Agenda 21"

Veranstaltung Nr.	1	2	3	4	5	6	7	8	9	Summe
-------------------	---	---	---	---	---	---	---	---	---	-------

²⁶ Gerade die Notwendigkeit der Koordination zwischen den verschiedenen Ebenen von Agenda-21-Arbeit war schon 1995 mit der Grund für die Akademie Loccum gewesen, eine landesweite Bilanzkonferenz durchzuführen.

Handlungsfeld										
Politik	9				1	5		5		20
Verwaltung										
kommunal	18		12	1			9		4	44
regional	17		3				16		1	37
Land	14		2	4			9		4	33
Wirtschaft	12		8	6			8		31	65
Forschung	14	17	3	1	32	8	1	10		86
wiss.Beratg./Planung	25		1	1	5	19		14		65
Bildung	22		1	2				2	6	33
Medien	7								1	8
Kirche	7			3			1	47	6	64
Nichtregierungsorg.										
Umwelt	9			3			1	1	5	19
Nord-Süd	13			4					6	23
Studierende u.a. Interessierte (incl. nicht Zuordenbare) *	24				120	9	1	5	17	176
Teilnehmer gesamt	191	17	30	25	120	47	77	56	110	673

* Auch hier ist überwiegend von einem starken beruflichen oder freiwilligen Engagement in fachlichen Institutionen und Initiativen auszugehen, eine Zuordnung war hier aber aufgrund fehlender Angaben in den Teilnehmerlisten nicht möglich bzw. lagen Teilnehmerlisten nicht vor (Veranstaltung Nr.5 in Ost-Friesland).

Generell ist festzuhalten, daß es in allen Projektschritten gelungen ist, Verständigungsprozesse, Netzwerke und Kooperationen zwischen Akteuren aufzubauen, die sich bislang gar nicht oder nicht im Blick auf die Herausforderung einer nachhaltigen Entwicklung zur Kenntnis genommen haben. Die persönliche Fähigkeit und Motivation der Akteure, sich auf neue inhaltliche Perspektiven, Begrifflichkeiten, Diskussionsstile und Kooperationsstrukturen einzulassen, ist eine der entscheidenden Bedingungen für jeden Versuch, zu einem Handlungsprogramm für nachhaltige Entwicklung zu kommen. Die auf die einzelne Person und Institution orientierte Vermittlungs- und Übersetzungsarbeit, die das Projekt u.a. zu leisten hatte, nahm daher einen sehr großen Raum und einen extrem wichtigen Stellenwert ein.

Mit als wichtigstes Ergebnis ist festzuhalten, daß die regionale Ebene sich einerseits als geeignet erwiesen hat, solche neuen Kommunikations- und Handlungsansätze zu etablieren, da der Problemdruck, die Handlungsspielräume und die räumliche Nähe hier gute Voraussetzungen schaffen. Das Projekt gab dabei einen entscheidenden Impuls in der bundesdeutschen Diskussion, die regionale Ebene als Handlungsebene für nachhaltige Entwicklung und entsprechende Handlungsprogramme i.S. der Agenda 21 neben der internationalen, nationalen und lokalen Ebene zu erkennen. Es zeigte sich, daß für eine Fülle von Akteuren unter wirtschaftlichen, ökologischen, sozialen und kulturellen Gesichtspunkten die Region eine Ebene von hohem potentiellen Interesse ist und daß diese zielgruppen- und institutionenspezifischen Interessen und Themen auf dem Weg zu einer regionalen Agenda 21 erschlossen und zusammengefügt werden müssen (vgl. oben Schaubild 5).

An praktischen Beispielen wurde deutlich, daß die regionale Ebene für überörtliche und zukünftige Entwicklungsfragen wichtig und innovativ ist, daß sie integrative Lösungsansätze erlaubt und drittens der allseits geforderten problem- und bürgernäheren Orientierung von Politik Rechnung trägt. Andererseits zeigte sich, daß auf der regionalen Ebene die Kommunikations- und Handlungsstrukturen schwach ausgeprägt und der Institutionalierungsgrad von Einrichtungen, die diese Vermittlungsarbeit leisten könnten, eher gering ist. Die professionelle Diskursorganisation und neutrale Moderation der Akademie hat sich hier bewährt und mehrere der innerhalb des Projekts durchgeführten Veranstaltungen haben mittlerweile ihren bundesweiten Modellcharakter bewiesen.²⁷

Auftaktveranstaltung

Die Auftaktveranstaltung diente vor allem einem differenzierteren Problembewußtsein bezüglich der aktuellen Defizite der Agenda-21-Prozesse. Am Beispiel niedersächsischer Agenda-21-Aktivitäten, aber in Rückbindung an Erfahrungen aus anderen Bundesländern, konnten über den gegenseitigen Informationsaustausch von nahezu 200 Fachleuten sieben typische Problemkonstellationen in Agenda-Prozessen festgemacht, genauer analysiert und nach entsprechenden Handlungsspielräumen für innovative Lösungen gesucht werden. Die identifizierten Defizite der lokalen Agenda-Prozesse waren im einzelnen die mangelnde Einbindung der Wirtschaft, die Grenzen lokaler bzw. kommunaler Kompetenzen, die Ausblendung der Nord-Süd-Dimension, die mangelnden Impulse seitens der Verwaltung, die Legitimationsdefizite neuer Konsultationsformen, die fehlenden Nachhaltigkeitsindikatoren sowie das mangelnde Problembewußtsein der Bevölkerung. Um hier neue Handlungsmöglichkeiten sichtbar zu machen, gelang es, über die umwelt- und entwicklungspolitisch Aktiven hinaus Vertreter verschiedener Gesellschaftsbereiche und Handlungsebenen einzubeziehen. Letztere sind in folgender Tabelle aufgelistet. Anknüpfend an Reformen jenseits der Umweltdebatte ergaben sich Ideen für neue Impulse für die Agenda 21.²⁸

Tabelle 3

Reformbereich	Verwaltungsreform	innovative Regional- und Stadtplanung	Neue und dungsinhalte und	Bil- Innovationen bei –	Neue Wirt- schaft u. Partizipati-	Pla- und reform- und	Hochschul- und Forschungs-
---------------	-------------------	---------------------------------------	---------------------------	-------------------------	-----------------------------------	----------------------	----------------------------

²⁷ Dies gilt für die landesweiten Bilanztagungen 1995 und 1997, aber etwa auch für die Tagung zur Verknüpfung von Verwaltungsreform und Agenda 21 (Juni 97), die erstmalige Bilanz des Hochschulsektors (Juni und November 1997), die Bilanz kirchlicher Aktivitäten (März 1998) und die Tagung zu privatwirtschaftlichen Kooperationsinitiativen für nachhaltige Entwicklung (April 1998).

²⁸ vgl. hierzu Mayer 1997b

	re- form		strukturen	Beschäfti- gung	onsansätze	innovatio- nen
Mitwirkende mit berufl. Schwer- punkt	15	34	22	15	10	11

Wie deutlich wurde, fordert ein solcher Brückenschlag von Seiten der bisher Agenda-21-Aktiven die Fähigkeit ab, sich parallel zu den globalen und abstrakten Herausforderungen der Agenda 21 mit sehr detaillierten Reformblockaden auf der lokalen und regionalen Ebene und in einzelnen institutionellen Zusammenhängen auseinanderzusetzen. Zu allgemein formulierte soziale, ökologische und wirtschaftliche Leitziele nachhaltiger Entwicklung verhindern hier oft den Anschluß an konkrete Reformkräfte etwa in Wirtschaft und Verwaltung. Umgekehrt machte die Auftaktveranstaltung vielen der dort tätigen Akteure deutlich, daß das Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung eine Option darstellt, integriert und damit langfristig effizienter an zu eng geschnittene Reformen heranzugehen.

Öffentliche Verwaltung auf lokaler und regionaler Ebene

Vor allem die Workshops Nr. 3 und 7 widmeten sich dem Ziel, Reformdruck und Reformprozesse im Bereich der öffentlichen Verwaltungen auf lokaler, regionaler und Landesebene mit dem Reformanliegen der Agenda 21 in Beziehung zu setzen. Damit sollten die Akteursbasis und die Handlungsspielräume für die Umsetzung einer Agenda 21 auf regionaler Ebene erweitert werden.

Auf der Ebene der Bewußtseinsbildung konnte erreicht werden, daß die Herausforderung vernetzten Denkens, partizipativer Strategien und zeitlich wie räumlich übergreifender Handlungsmuster in Herausforderungen für Verwaltungen übersetzt, konkretisiert und verständlich gemacht werden konnte. Vor allem in der Tagung Nr. 3 wurde deutlich, daß Reformen in öffentlichen Verwaltungen oder auch neue Managementmodelle in öffentlichen und privaten Betrieben ihrem eigenen Anspruch nachhaltiger gerecht werden könnten, wenn sie nicht – wie bei derzeitigen Umstrukturierungen oft üblich – allein ökonomischen Zielkriterien unterworfen werden oder – wie bei vielen Öko-Audit-Verfahren – allein technisch-hierarchisch durchgeführt werden. Durch die Auswertung zahlreicher beispielhafter Ansätze aus verschiedenen Verwaltungs- bzw. Managementbereichen konnte gezeigt werden, daß mit neuen Steuerungs- und Controllingmodellen auch vorteilhafte ökologische, soziale und partizipationsfördernde Wirkungen erzielt werden können, wenn Fragen der Arbeits-, Sozial- und Motivationsstruktur der Mitarbeiter, Fragen der wirtschaftlichen wie stofflich-energetischen Seite von Verwaltungsakten und die Frage der Außenbeziehungen der Verwaltung zu den zugeordneten Stellen, der Öffentlichkeit und den Kunden von vornherein einbezogen werden. Insofern konnte den mitwirkenden Fachleuten aus Verwaltung und Management der Inhalt und Vorteil eines Leitbilds „Nachhaltige Entwicklung“ und der konkreten Formulierung einer Agenda 21 für ihren Arbeitsbereich vermittelt werden. Eine Verbindung zwischen den Themen Verwaltungsreform und Agenda 21 und einen Austausch zwischen Agenda-21-Mitarbeitern und Verwaltungsreformbeauftragten in den Verwaltungen gab es bislang nicht, der Workshop hat hier bundesweit Pionierarbeit geleistet.

Neben der Notwendigkeit sachlich integrierten Verwaltungshandelns hat vor allem der Workshop Nr.7 zu regionalen Kooperationsmodellen das Problembewußtsein für räumlich integrierte Strategien geschärft, wenn nachhaltige Effekte erzielt werden sollen. Da das Aktionsprogramm

Agenda 21 die Verschränkung der Problem- und Handlungsebenen in den Vordergrund stellt, ist es als Leitidee für die verstärkte Kooperation von Verwaltungen mit privaten und zivilgesellschaftlichen Kräften und für den Aufbau regionaler Netze und anderer Kooperationsbeziehungen geeignet. Umgekehrt bietet der Trend zu solchen Kooperationsmodellen in Bereichen wie Wirtschaftsförderung, Standortmarketing, Flächennutzung und Verkehrspolitik das Potential für Synergieeffekte für die Ziele nachhaltiger Entwicklung und sollte daher – dies war ebenfalls ein Ergebnis – unbedingt im Blick von umwelt- und entwicklungspolitisch Engagierten sein.

Auf der Ebene von Handlungsmöglichkeiten für Verwaltungen wurde zum einen angeregt, daß öffentliche Verwaltungen, das Management öffentlicher und privater Betriebe und Verbände auf lokaler und regionaler Ebene in einen systematischen Austausch über institutionelle Reformprozesse treten. Auf diese Weise kann ein regionaler sachbezogener Kommunikationsprozeß in Gang gesetzt werden, der am Gegenstand solcher Reformen und die verschiedenen Akteursperspektiven den Zusammenhang der verschiedenen Nachhaltigkeitsdimensionen verdeutlichen könnte. Gleiches gilt für verschiedene territoriale Ebenen der Verwaltung, die ja gemeinsam einzubeziehen sind, wenn aus lokalen Agenden regionale und nationale Handlungsprogramme entstehen sollen.

Neue Steuerungsmodelle, Öko-Audits und Ansätze kommunaler Naturhaushaltswirtschaft werden als Möglichkeit und Ansatz für eine umfassendere und über die Verwaltung hinausgehende nachhaltige Entwicklung gesehen, sofern Mitarbeiter, Partner und Kunden und damit auch verschiedene inhaltliche Interessen einbezogen werden – hierzu wurden bereits vorliegende Erfahrungen u.a. aus Wuppertal, Hannover und Nürnberg ausgewertet. Wichtig ist dabei, bottom-up-Strategien wie Motivations-, Partizipations- und Kooperationsanreize zu verfolgen, gleichzeitig müssen aber auch eindeutige Richtlinien und Leitbilder von der Leitungsebene verkörpert und in transparenter Form als top-down-Strategien durchgesetzt werden.

Eine weitere Handlungsmöglichkeit ist der Auf- und Ausbau regionaler Informations-, Verhandlungs- und Kooperationsnetze zwischen verschiedenen Verwaltungen und zwischen Verwaltungen und anderen Akteuren. Die im Projekt erfolgte Auswertung zeigte, daß auch hier Innovationen und Erweiterungen in Richtung regionaler nachhaltiger Entwicklung zu erwarten sind, wenn Erfahrungen verschiedener Akteure mit sehr unterschiedlichen Kooperationsmodellen – formalen und informellen, staatlichen und privaten, wirtschaftlich und umweltorientiert motivierten etc. – systematischer ausgetauscht würden. Die Konflikte aufgrund der unterschiedlichen Interessen innerhalb einzelner Verwaltungen oder solcher kooperativer Arrangements zeigen sich bei jedem einzelnen Verwaltungsvorhaben, etwa beim klassischen Konflikt von Wirtschaftsförderung und Umweltschutz. Eine Agenda 21 für die Verwaltungen oder die kooperativen Zusammenschlüsse ist daher eine Option, einen transparenteren und effizienteren Umgang mit Anforderungen von außen und mit verschiedenen internen Reformansätzen pflegen zu können.

Durch die innovative Kombination von Themen und Akteuren hatten die Veranstaltungen zum Verwaltungsbereich niedersächsischen und bundesweiten Modellcharakter und erzielten u.a. über Nachfragen und Veröffentlichungen eine große multiplikative Wirkung. Die Mitwirkenden in diesem Bereich haben ihren Erfahrungsaustausch auf verschiedenen Ebenen und in verschiedenen Zusammenhängen fortgesetzt und es sind hieraus mehrere kleinere fach- und institutionenübergreifende Netzwerke entstanden. Zahlreiche Ideen aus den Workshops finden sich im niedersächsischen Landesdialogprogramm Nachhaltige Entwicklung wieder, u.a auch der Plan zur Weiterführung der Debatte zu Verwaltungsreform, Regionalentwicklung und Agenda 21.²⁹

²⁹ vgl. Nds. Umweltministerium 1997, Kap. 4.2 bzw. 5.2

Hochschulen und Wissenschaft

Den Möglichkeiten, Wissenschaft und Hochschulen in eine regionale Agenda 21 einzubeziehen, waren vor allem die Workshops 2 und 6 gewidmet und auch hier war die Aufgabe, die Eigeninteressen der Institution (Hochschule), die langfristigen Probleme des Handlungsbereichs (Wissenschaft) und die Herausforderungen nachhaltiger Entwicklung miteinander zu verbinden. An dem Workshop 6 nahmen Vertreter von 19 niedersächsischen Hochschulen teil, wobei ein Austausch quer zu den Disziplinen und Handlungsbereichen zustande kam (vgl. Tabelle 4).

Tabelle 4

Hochschulbereich	Naturwissenschaften	Sozial- und Geisteswissenschaften	Weiterbildung	Verwaltung, Leitung, Mitarbeiter	Politik u. Hochschul-forschung	Studierende
Mitwirkende in Tagung 6	9	13	3	8	5	9

Mit den beiden Workshops zur möglichen Rolle der Hochschulen für eine regionale Agenda 21 wurde bei den Mitwirkenden das Problembewußtsein für Nachhaltigkeit und Agenda 21 gefördert und die Einsicht vermittelt, daß die Hochschulen in einer Vielzahl ihrer Aktivitätsbereiche selbst gefordert und betroffen sind. Einerseits wurde von Seiten der Nachhaltigkeitsdebatte verdeutlicht, wie groß der Bedarf an Problem-, Lösungs- und Orientierungswissen, an Indikatoren oder an beruflichen Qualifikationen für nachhaltige Entwicklung und die Umsetzung von Agenda-21-Prozessen ist und wie er beschaffen ist. Für die regionale Ebene nachhaltiger Entwicklung gilt dies in besonderem Maße.³⁰ Als Problem wurde andererseits erkannt, daß Hochschulen als Forschungseinrichtungen überwiegend zu sehr auf globale, abstrakte und fachspezifische Gegenstände orientiert sind, als Bildungseinrichtungen zu wenig in der Lage sind, fachübergreifendes und praxisorientiertes Wissen und kommunikative Kompetenzen zu vermitteln, als öffentliche Institution zu wenig vorbildhafte Verwaltung und soziale Gemeinschaft repräsentieren und als wirtschaftlicher und politischer Akteur sich zu wenig in die Standortregion integrieren. Unter dem wirtschaftlich-gesellschaftlichen Veränderungsdruck werden in all diesen Bereichen Reformbemühungen von den Hochschulen angestrengt, jedoch unter jeweils verschiedenen Kriterien, die nicht integrativ i.S. nachhaltiger Entwicklung sind und daher die verschiedenen Hochschulbereiche und -reformkräfte nicht vernetzen können. Von daher konnte vermittelt werden, daß nachhaltige Entwicklung eine integrative regulative Idee für Hochschulen sein kann und die Beteiligung an einer regionalen Agenda 21 auch durch ein hochschulbezogenes Handlungsprogramm unterschiedliche Reformbemühungen bündeln kann.

Handlungsmöglichkeiten für die Hochschulen haben die Mitwirkenden zum einen in der Unterzeichnung und Umsetzung der Copernicus-Charta der europäischen Hochschulen erkannt, plädieren aber für die inhaltliche Erweiterung ihres stark umweltorientierten Charakters. Innerhalb der Hochschulen wurden vier wichtige Handlungsbereiche identifiziert, in denen spezifische Ansatzpunkte für eine insgesamt nachhaltige Entwicklung liegen. In Anlehnung an nachhaltig angelegte Verwaltungsreformen werden Hochschulmanagementreformen in der Lage gesehen, nicht nur wirtschaftliche, sondern auch ökologische Effekte zu erzielen und über die Beteiligung der Mitarbeiter und andere Hochschulgruppen die soziale und demokratische Kultur zu modernisieren.

³⁰ National liegen u.a. mit der Studie von Bund/Misereor z.B. Nachhaltigkeitsindikatoren vor, auf regionaler Ebene fehlen solche Indikatoren völlig.

Regionale Bezüge des hochschulspezifischen Rohstoff-, Arbeits- und Warenmarkts und die Hochschule als Vorbild, Moderator und Ort des Austauschs in der Region sind wichtige institutionelle Anknüpfungspunkte für eine Beteiligung der Hochschulen an einer regionalen Agenda 21. Der Weiterbildungsbereich könnte sich stärker auf Qualifikationen wie etwa Kommunikations-, Vernetzungs- und Kooperationskompetenzen orientieren, die in Verwaltungen, Unternehmen und Verbänden gefragt sind. Forschung zu regionalen Indikatoren und Problemlösungen sowie ein entsprechender Know-how und Technologietransfer schließen hieran an. Im Bereich der Lehre wurden als zentrale Ansatzpunkte für zukunftsfähige Reformen der regionale Bezug, Praxis- und Projektorientierung der Studiengänge, die interdisziplinäre und partizipative Ausgestaltung der Curricula und innovative didaktische Verfahren gesehen, um in der Konkurrenz um Studierende die Nachfrage u.a. aus der Region zu stärken.

Auf der Ebene konkreter Absprachen lagen der Plan für ein Netzwerk niedersächsischer Hochschulen sowohl im Forschungs- wie im Lehrbereich, die ersten Überlegungen zu regionalen Enquetekommissionen zur Konkretisierung regionaler Nachhaltigkeitsindikatoren und -strategien, die Einrichtung eines landesweiten Forschungswettbewerbs und eines niedersächsischen Kollegs für nachhaltige Entwicklung.³¹

Wirtschaft

Vor allem Workshop 4, 5 und die abschließende Tagung widmeten sich der Frage, welche Anreize und Zugänge für Unternehmen und Beschäftigte aus Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistungsbranchen realisierbar sind, um sich seitens dieser Akteure stärker für nachhaltige Entwicklung, auch auf regionaler Ebene, zu engagieren. Der Bereich der privaten Wirtschaft wird generell als die zentrale Größe für erfolgreiche Agenda-Prozesse angesehen, gleichzeitig aber auch als der Bereich, der am schwersten für nachhaltige Entwicklung zu mobilisieren ist.

Das Projekt konnte zeigen, daß nachhaltige Entwicklung innerhalb des Wirtschaftsbereichs durchaus Thema ist, ihm aber auf sehr unterschiedliche Weise und mit sehr verschiedenen Interessen begegnet wird – je nach Branche, Größe, Internationalisierungs- und regionaler Verflechtungsgrad, Ressourcen- und Arbeitskräfteeinsatz sowie der Stellung im Wertschöpfungsprozeß bzw. der Nähe zum Endverbraucher. Das Problembewußtsein ist weitgehend von Umweltgesichtspunkten dominiert, die Tagung 9 konnte durch die Auswertung einer Fülle unterschiedlicher unternehmerischer Erfahrungen aber zeigen, daß auch soziale, kulturelle und partizipatorische Ziele mit den ökonomischen Interessen von Unternehmen kompatibel sind. Die Hinweise der Praktiker auf den Bedeutungszuwachs des innerbetrieblichen Human- und Sozialvermögens, der weichen Standortfaktoren und der regionalen Allianzen sowie der transnationalen Vernetzung auch kleinerer und mittlerer Unternehmen machte den Mitwirkenden klar, daß entwicklungs-, umwelt- und wirtschaftspolitische Ziele durchaus kompatibel sind und Innovationen wie neue Märkte fördern kann. Es wurde auch deutlich, daß sogenannte Anspruchsgruppen (wie etwa Kunden, Umweltverbände etc.) durch die zunehmende Orientierung der Unternehmen an Medien und Öffentlichkeit zunehmend Einfluß geltend machen können. Andere Unternehmen in der Wertschöpfungskette, in der Region oder am Markt nehmen durch die zunehmende Orientierung an unternehmerischen Netzwerken Einfluß. Durch diese beiden Entwicklungen werden neue Allianzen von Akteuren und inhaltlichen Zielen möglich. Es konnte insbesondere das Bewußtsein dafür geschärft werden, daß der regionale Standortkontext für Unternehmen neue Bedeutung gewinnt und von daher ein Interesse von dieser Seite an der zukunftsfähigen Entwicklung der jeweiligen Region potentiell nutzbar ist.

³¹ Vgl. Niedersächsisches Umweltministerium 1997, S.30

Ein geeigneter Ausgangspunkt für die Beteiligung von Unternehmen an Agenda-21-Prozessen sind unternehmerische Innovations- und Reformprozesse, die die Optimierung der (regionalen, nationalen, internationalen) Stoff-, Energie-, Produkt- und Wertschöpfungsströme und –stufen im wirtschaftlichen Prozeß betreffen. Diese machen den Kern unternehmerischen Handelns aus, lassen sich im Zuge der Spezialisierung und Globalisierung von Produktionsabläufen aber immer weniger von einem einzelnen Unternehmen oder dem wirtschaftlichen Sektor als solchen steuern. Entsprechend bieten Stoffströme schon vom unternehmerischen Interesse her einen Fokus, um die Einsparung von natürlichen Ressourcen, aber auch von Transaktionskosten und sozialen Reibungsverlusten voranzutreiben und nach wirtschaftlich nachteiligen Wechselwirkungen ökologisch und sozial nicht nachhaltiger Strukturen zu suchen.

Gleichzeitig rückt mit den unternehmensübergreifenden Stoffströmen die Notwendigkeit für Unternehmen in den Blick, mit den verschiedenen Interessengruppen entlang von Stoffströmen zusammenzuarbeiten (Produzenten, Handel, Verbraucher, Verwaltung, Umwelt- und Nord-Süd-Aspekte u.a.). Beide Strategien sind dem Agenda-Gedanken verwandt und für eine regionale Agenda 21 können daher Akteure erschlossen werden, die sich von regionaler orientierten Wirtschafts- und Stoffkreisläufen Vorteile versprechen. Im Vergleich ergaben sich fruchtbare Parallelen von Kooperationsmethoden aus eher ökonomisch, eher ökologisch und eher entwicklungs- politisch motivierten Ansätzen.

Wie bei den anderen Tagungen auch, kamen die Teilnehmer der betreffenden Tagungen aus völlig unterschiedlichen Bereichen und so konnten zwischen den mitwirkenden Unternehmen der verschiedenen Branchen und anderen Akteursgruppen zahlreiche längerfristige Arbeitskontakte hergestellt werden. Für die Ernährungsbranche wurde im Projekt und in Zusammenarbeit mit dem Landesdialogprogramm der Stoffkreislauf der Futtermittel – gerade mit der speziellen Rolle West-Niedersachsens – in mehreren Stufen thematisiert und erste konkrete Ansatzpunkte für einen branchenspezifischen Dialog erarbeitet. Durch die Vor-Ort-Veranstaltung in Emden konnte u.a. das regionale ostfriesische Agenda-21-Netzwerk gestützt und erweitert, die Kooperation der verschiedenen Frauenverbände konzeptionell vorangetrieben und für den Bereich Landwirtschaft mehrere geeignete Handlungsfelder für eine regionale Agenda 21 in Ostfriesland identifiziert werden.

Kirchen

Die Kirchen standen vor allem in der Tagung 8 im Vordergrund. Dort sollte die Debatte um eine Reform der Kirchen angesichts der wirtschaftlichen und sozialen Strukturumbrüche und dem daraus folgenden Druck auf die finanziellen Grundlagen von Kirchen für die Agenda-21-Debatte fruchtbar gemacht werden bzw. vice versa.

Erstmals in Niedersachsen, aber wohl auch bundesweit gelang es mit dieser Tagung, die ältere Kirchenreformbewegung des konziliaren Prozesses, Vertreter der aktuellen Kirchenstrukturdebatte und die ganze Breite von kirchlichen Agenda-21-Initiativen für einen intensiven Austausch zu gewinnen (vgl. Tabelle 5).

Tabelle 5

kirchlicher Bereich	Bundes- und Landesebene	Regional- und Kreis-	Gemeindeebene	Verwaltung, Leitung	Umwelt	Ökumene und	Bildung und For-	Wirtschaft und Soziales
---------------------	-------------------------	----------------------	---------------	---------------------	--------	-------------	------------------	-------------------------

	ebene				Nord-Süd		schung	
Mitwirkende in Tagung 8	19	14	7	10	9	5	11	5

Erkannt wurde, daß alle drei Debatten gemeinsame Schnittstellen in bezug auf eine zukunfts-trächtige Veränderung besitzen. Parallel zu Verwaltungen und Hochschulen war ein Ergebnis die Einsicht, daß der bevorstehende massive Institutionenwandel zur Stärkung räumlich und inhaltlich übergreifender Strategien führen und gleichzeitig eine innere Demokratisierung, Effektivierung der Ressourcennutzung und Ökologisierung erbringen könnte, wenn frühzeitig die Leitlinie einer nachhaltigen Entwicklung in die laufende Reformdebatte eingebracht wird. Allerdings wurde das bisherige Defizit erkennbar, diese Herausforderung offen und detailliert zu analysieren und zu bearbeiten.

Als in der Fläche wohl wie keine andere Akteursgruppe repräsentierte Institution bieten sich für die Kirchen eine Fülle von Handlungsmöglichkeiten auf der Ebene einer regionalen nachhaltigen Entwicklung. Sie besitzt darüber hinaus mit ihren sehr unterschiedlichen Handlungsbereiche etwa im Bereich der Umwelt-, Sozial- und Nord-Süd-Arbeit, dem kirchlichen Dienst der Arbeitswelt, der Bildung und Ausbildung ein wichtiges Potential für eine inhaltlich integrierte Herangehensweise. Um die Ebenen und Bereiche effektiv zusammenzuführen, ist auch hier ein Ergebnis des Projekts der Vorschlag, eine (nach innen orientierte) *Agenda 21 für die Kirchen* zu erstellen, auch im Bemühen um Glaubwürdigkeit (nach außen), die für Kirchen in besonderer Weise bedeutsam ist.

Die Kirchenkreisreform wurde als zentrales Handlungsfeld für eine wirtschaftlich, partizipatorisch, ökologisch und sozial balancierte Zukunftsstrategie identifiziert, ebenso die Entwicklung und Förderung neuer Kooperationsformen der Kirche etwa mit Politik, Verwaltung, Nicht-Regierungsorganisationen und der Wirtschaft. Weitere Handlungsfelder nachhaltiger Entwicklung sind die theologische Ausbildung, die Finanz- und Bauaktivitäten, die Gestaltung der Waren-, Stoff- und Energieströme der Kirchen als öffentliche Unternehmen. All diese Handlungsfelder weisen explizite Bezüge zur regionalen Ebene auf und damit Elemente einer regionalen Agenda 21. Gerade auf dieser Ebene, so ein zentrales Ergebnis der Diskussion, könnte die Kirche sehr viel systematischer als bislang ihre intermediären und vermittelnden Potentiale für die Moderation, aber auch die Organisation und grundsätzliche inhaltliche Orientierung von Agenda-21-Prozessen einsetzen.

Weitere Perspektiven

Insgesamt sind mit dem Projekt Verständigungsprozesse zwischen verschiedenen Interessengruppen für regionale Agenden 21 eingeleitet. Eine Schlußfolgerung aus dem Projekt ist, daß eine Form der gezielten Fortführung nun regionalspezifisch erfolgen sollte. Ansätze hierfür sind insbesondere durch die Beteiligung der Akademie an Vor-Ort-Veranstaltungen und dem Agenda-21-Prozeß in Ostfriesland. Eine zweite Schlußfolgerung bezieht sich auf die Einsicht, an bestimmten Handlungsbereichen anzusetzen, um konkrete Erfolge auch in kürzerer Frist verwirklichen zu können. Der Ernährungsbereich erscheint in vieler Hinsicht als geeignet, da hier eine regionale Komponente strukturell gegeben ist, breite Bevölkerungsschichten und eine Vielzahl von Sektoren und Institutionen mobilisierbar sind und unmittelbar einsichtig Umwelt-, Nord-

Süd-, Wirtschafts- und Kulturbelange zusammenspielen. Drittens erscheint uns der stoffstromorientierte Diskursansatz sehr geeignet, um am wirtschaftlichen Kern der Problematik und unmittelbar betroffenen und motivierten Akteuren ansetzen zu können und inhaltlich sowohl alle Zieldimensionen von Nachhaltigkeit wie die ganze Breite der gesellschaftlichen Akteure einbeziehen zu können. Viertens sehen wir kirchliche Einrichtungen als geeignete Mittler und Katalysatoren für Agenda-21-Prozesse auf regionaler Ebene und vor Ort an, die Evangelische Akademie Loccum möchte dieses Potential auch weiterhin nutzen und ausbauen.

Literaturhinweise:

- Adam 1997:** Adam, Brigitte, Wege zu einer nachhaltigen Regionalentwicklung, in: Mayer 1997b, S. 121-131
- Bayerisches Staatsministerium 1997:** Bayerisches Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen (Hrsg.), Bayern-Agenda 21. ...für eine nachhaltige und zukunftsfähige Entwicklung in Bayern, München o.J.
- Brand 1997:** Brand, Karl-Werner (Hrsg.), Nachhaltige Entwicklung. Eine Herausforderung an die Soziologie, Leske und Budrich, Opladen
- Bundestag 1996:** Deutscher Bundestag, Enquete-Kommission Schutz des Menschen und der Umwelt, Kommunen und nachhaltige Entwicklung, Öffentliche Anhörung am 18.11.1996, Kommissionsdrucksache 13/3ff, Bonn
- BUND/MISEREOR 1996:** (Hrsg.), Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung, Birkhäuser, Basel u.a.
- Bundesumweltministerium 1992:** (Hrsg.), Umweltpolitik. Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 - Dokumente: Agenda 21, Bonn
- Bundesumweltministerium 1996:** (Hrsg.), Umweltbewußtsein in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage 1996, Bonn
- Forum Umwelt und Entwicklung 1997:** (Hrsg.), Wie zukunftsfähig ist Deutschland? Entwurf eines alternativen Indikatorensystems, Bonn
- Hein 1997:** Hein, Wolfgang, Weltgesellschaftlicher Wandel und nachhaltige Entwicklung – die Zukunft als Fortsetzung der Geschichte, in: Nord-Süd-Aktuell, 11/2, S.327-349
- ICLEI 1998:** (Hrsg.), Lokale Agenda 21 – Deutschland, Springer, Berlin u.a.
- ICLEI-Rundbrief:** Rundbrief des Internationalen Rats kommunaler Umweltinitiativen ICLEI, Europabüro, Freiburg, versch. Ausgaben
- Mayer 1992:** Mayer, Jörg (Hrsg.), Die Produktion von Stadt-Land-Schaft - Hannover im ökonomischen Kraftfeld der 90er Jahre, Loccumer Protokolle 14/92, Rehburg-Loccum
- Mayer 1995:** Mayer, Jörg (Hrsg.), Klimapolitik vor Ort - Perspektiven indianischer Ökonomie im Amazonasgebiet und die Möglichkeiten global verantwortlichen Handelns in Europa, Loccumer Protokolle 13/94, Rehburg-Loccum
- Mayer 1996a:** Mayer, Jörg (Hrsg.), Strukturanpassung für den Norden, Loccumer Protokolle 61/93, Evangelische Akademie Loccum, Rehburg-Loccum
- Mayer 1996b:** Mayer, Jörg (Hrsg.), Klimapolitik vor Ort, Loccumer Protokolle 13/94, Rehburg-L.
- Mayer 1996c:** Mayer, Jörg (Hrsg.), Initiativen für eine nachhaltige Entwicklung in Niedersachsen, Loccumer Protokolle 55/95, Rehburg-Loccum
- Mayer 1997a:** Mayer, Jörg, Auf dem Weg zu einer regionalen Agenda 21 in Niedersachsen. Ein Dialogprojekt der Evangelischen Akademie Loccum, in: Neues Archiv für Niedersachsen, Heft 1, S.41-47
- Mayer 1997b:** Mayer, Jörg (Hrsg.), Agenda 21 für Niedersachsen, Loccumer Protokolle 24/97, Rehburg-Loccum

- Mayer 1997c:** Mayer, Jörg, Arbeitsgruppe "Herausforderungen für Hochschulen und Wissenschaft durch die Leitbilder Nachhaltige Entwicklung und Agenda 21, in: Ermert, Karl (Hrsg.), Hochschule und Region, Loccumer Protokolle 17/97, Rehburg-L., S.213-220
- Mayer 1998a:** Mayer, Jörg, Nichtregierungsorganisationen und die lokale Agenda 21, in: Caließ, Jörg (Hrsg.), Barfuss auf diplomatischem Parkett. Die Nichtregierungsorganisationen in der Weltpolitik, Loccumer Protokolle 9/97, Rehburg-Loccum, S. 150-173
- Mayer-Ries 1998b:** Mayer-Ries, Jörg (Hrsg.), Kooperation in der Region – Ein Ansatz für nachhaltige Entwicklung?, Loccumer Protokolle 71/97, Rehburg-Loccum
- Mayer-Ries 1998c:** Mayer-Ries, Jörg (Hrsg.), Zwischen globalen und lokalen Interessen. Stand und Perspektiven nachhaltig gestalteter Wirtschaftskreisläufe und kooperativen Handelns, Loccumer Protokolle 16/98, Rehburg-Loccum
- Niedersächsisches Umweltministerium 1997:** (Hrsg.), Agenda 21 in Niedersachsen. Landesprogramm: Nachhaltige Entwicklung in Niedersachsen, Hannover
- Renn 1997:** Renn, Ortwin; Kastenholz, Hans G., Ein regionales Konzept nachhaltiger Entwicklung, in: GAIA 5/2, S.86-102
- Rösler 1997:** Rösler, Christine (Hrsg.), Städte auf dem Weg zur Lokalen Agenda 21, Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin
- Schneidewind 1997:** Schneidewind, Uwe u.a., Institutionelle Reformen für eine Politik der Nachhaltigkeit. Vom Was zum Wie in der Nachhaltigkeitsdebatte, GAIA 6, No.3
- SRU 1994:** Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen, Kurzfassung des Umweltgutachtens 1994, Wiesbaden
- Stadtgespräche:** Rundbrief des Agenda-Transfer-Büros Bonn, verschiedene Ausgaben
- Zimmermann 1997:** Zimmermann, Monika, Lokale Agenda 21, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 27, S. 25-38

Kontaktadresse: Jörg Friedrich Mayer-Ries, Evangelische Akademie Loccum, Tel. 05766/81-0

Die Veröffentlichungen können bei der Protokollstelle der Akademie bestellt werden: Evangelische Akademie Loccum – Protokollstelle – Postfach 2158, 31545 Rehburg-Loccum, Tel. 05766/81 119, Fax: 05766/81-128, email: protokoll.eal@evlka.de

© Evangelische Akademie Loccum, 1998